

Rede von Clemens Ronnefeldt am 2. April 2018 in Bregenz

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

der erste Bodensee-Ostermarsch fand 1988 hier in Bregenz statt - und es ist mir eine große Freude, allen Verantwortlichen heute zu dieser langen Tradition zu gratulieren.

Im Jahre 2009 wurde der "Bodensee-Ostermarsch" in "Bodensee-Friedensweg" umbenannt - so dass wir heute ein zehnjähriges Jubiläum begehen.

Unter allen Ostermärschen und Friedenswegen hat der "Bodensee-Friedensweg" ein Alleinstellungsmerkmal: Es beteiligen sich Menschen aus der Schweiz, aus Österreich und aus Deutschland.

Den Organisatorinnen und Organisatoren unserer heutigen Veranstaltung gebührt meine Anerkennung für dieses wegweisende länderübergreifende Friedenshandeln!

Mit dem Bodensee verbindet mich eine persönlich-berufliche Beziehung: Der Internationale Versöhnungsbund, für den ich seit 27 Jahren als Referent für Friedensfragen arbeite, wurde in Konstanz 1914 bei einer Konferenz zur Verhinderung des 1. Weltkrieges gegründet.

Vor vier Jahren gedachten wir in Konstanz nicht nur unserer Gründung, sondern zogen durch die Stadt, machten Station an Orten der Gewalt und protestierten für eine Kultur der Gewaltfreiheit - so wie wir es heute hier in Bregenz tun.

Das Motto des diesjährigen Friedensweges lautet:

Geld-Macht-Krieg - Dialog-Macht-Frieden.

"Diese Wirtschaft tötet", sagt Papst Franziskus. Er spricht von einem gegenwärtigen "Dritten Weltkrieg auf Raten". Rüstungsunternehmen hat er als "Händler des Todes" bezeichnet und dieser Branche vorgeworfen, sie verewige den Krieg, um Gewinn zu machen (1).

Statt einer Friedensdividende nach 1990 folgte ein entfesselter Neoliberalismus, der die Menschheit aktuell dem atomaren Abgrund jedes Jahr näher bringt, die Gefahr eines neuen heißen Ost-West-Krieges wachsen lässt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört - und uns vor gewaltige Herausforderungen stellt.

Mehr als 1,7 Billionen US-Dollar werden in diesem Jahr weltweit für Rüstung bereit gestellt, davon allein rund 700 Milliarden durch die US-Regierung. Nur

die Erhöhung des US-Militäretats gegenüber dem Vorjahr bewegt sich in etwa auf dem Niveau des gesamten russischen Rüstungshaushaltes.

Am 17. Januar 1961 hielt US-Präsident Dwight D. Eisenhower eine bis heute aktuelle Abschiedsrede, in der er eine scharfe Warnung vor den Folgen des militärisch-industriellen Komplexes aussprach:

„Wir in den Institutionen der Regierung müssen uns vor unbefugtem Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen wachsen und gedeihen können.“ (2).

Ja, die Gier nach Reichtum und Geld führt zu Krieg. Hinter dieser Gier wiederum steckt in vielen Fällen Angst.

Dialog und Verständigung dagegen führen zum Frieden.

Der Weg hin zu mehr Gerechtigkeit und Frieden geht nicht ohne Konflikte und die Bildung von Gegenmachtstrukturen.

Noch selten in der Geschichte haben Privilegierte ihre Privilegien freiwillig abgegeben. Soziale Verbesserungen und Maßnahmen wie die Abschaffung der Sklaverei oder die Überwindung von Rassendiskriminierung erforderten lange gewaltfreie Kampagnen.

Auch der Stopp und die Überwindung des Rüstungswettlaufs und der Institution Krieg wird unseren langen Atem brauchen!

Lernen können wir von Mahatma Gandhi und seinem Freiheitskampf in Indien, der einmal sagte:

"Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du" (3).

Im Fall der Überwindung des Rüstungswettlaufs und des Krieges wird dieser Sieg ein doppelter sein: Errungen auch für alle Menschen, die derzeit noch ihre Intelligenz und ihre Arbeitskraft in den Dienst todbringender Waffen stellen - aus welchen persönlichen Gründen und Zwängen heraus auch immer. Auch für sie wird es ein "Gewinn" sein, wenn sie irgendwann statt zerstörender Panzer zum Beispiel lebensdienliche Nahverkehrssysteme bauen.

Eines der größten Hoffnungszeichen in den USA sind für mich die Hunderttausenden Schülerinnen und Schüler, die vor gut einer Woche gegen die Waffenlobby, für schärfere Waffengesetze und ihr Recht auf Sicherheit und Leben an Schulen demonstriert haben.

Liebe Friedensbewegte,

ich möchte heute zuerst über einige internationale Konflikte sprechen, dann einige ermutigende Beispiele für Friedenshandeln vorstellen und im letzten Teil meiner Rede über die Region Bodensee sprechen.

1. Internationale Konflikte

Nach den beiden verlorenen Kriegen in Afghanistan und im Irak haben die USA international an Einfluss verloren, ganz besonders aber im so genannten Nahen und Mittleren Osten. Durch die anhaltende wirtschaftliche Schwäche samt großem Außenhandelsbilanz-Defizit der ehemals einzigen Supermacht USA bei gleichzeitig wachsender Stärke Europas, Chinas, Indiens und einiger weiterer Schwellenländer bewegt sich die Welt hin zu einer multipolaren Ordnung.

Es ist in dieser neu entstehenden multipolaren Weltordnung aber wenig gewonnen, wenn künftig weiterhin nur einige wohlhabende Staaten mehr auf Kosten der arm gehaltenen Länder ihre Gewinne machen. Daher braucht es grundlegende Veränderungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, eine grundlegend neue Ausrichtung bzw. Abschaffung der internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank oder Währungsfonds samt einer massiven Entschuldung vieler Länder des Südens.

In Syrien, wo die US-Regierung in der Zeit von Präsident Obama trotz einer gezogenen roten Linie nach dem Einsatz von Giftgas nicht militärisch intervenierte, füllten andere Staaten das entstandene US-Machtvakuum.

Russland, zuvor als "Regionalmacht" verspottet, verhalf zusammen mit Iran und Hizbollah der syrischen Regierung zum Machterhalt. Saudi-Arabien, Katar, europäische Staaten und die USA agieren gegen den wachsenden schiitischen Einfluss in der Region, der zu einem Ringen zwischen Saudi-Arabien und Iran um die Vorherrschaft geführt hat.

Mit John Bolton wird künftig ein Sicherheitsberater US-Präsident Trump unterstützen, den ich als Gefahr für den Weltfrieden ansehe - vor allem im Team mit Donald Trump zusammen. Beide wollen das Iran-Atomabkommen zu Fall bringen - den einzigen Anker der Vernunft in der gesamten Krisenregion. Dies

gilt es zu verhindern durch Unterstützung all der politischen Kräfte, die sich für den Erhalt des Abkommens einsetzen.

Im Jemen hungern mehr Menschen als in Syrien. Weil dort aber der westliche strategische Partner Saudi-Arabien die Bevölkerung massiv bombardiert und einen Stellvertreterkrieg mit Iran führt, findet das Leiden der Menschen in Jemen wenig mediale Aufmerksamkeit.

Die Bundesregierung wird - entgegen der Aussagen in ihrem Koalitionsvertrag - Patrouillenboote an Saudi-Arabien liefern, die durch die Blockade von Häfen der Kriegsgegner vermutlich noch mehr Elend erzeugen werden.

Der israelisch-palästinensische Konflikt findet im Schatten des Syrienkrieges nicht die Bedeutung, die er verdient. Von einem Ende der Besatzung oder gar einer Konfliktlösung sind wir heute weit entfernt - und vor allem im Gazastreifen wird sich aufgrund der zunehmend schwierigeren Lebensbedingungen zunehmende Verzweiflung breit machen.

Die Türkei führt nicht nur im eigenen Land Krieg gegen die kurdische Minderheit im Osten des Landes, sondern möchte einen Großteil der syrischen Flüchtlinge in der Türkei entlang der syrisch-kurdischen Grenze auf syrischem Territorium ansiedeln.

Präsident Erdogan möchte verhindern, dass kurdische Autonomiebestrebungen in Irak und in Syrien auf die Türkei überspringen - wofür er derzeit mit deutscher Panzerhilfe über Leichen geht. Das kurdische Volk wird - nicht zum ersten Mal in der Geschichte - im Machtspiel der Großmächte zerrieben.

Im Konflikt um das Atomprogramm Nordkoreas zeichnet sich derzeit vordergründig eine Entspannung zwischen Nord- und Südkorea ab. Auch ein Treffen zwischen Kim Jong-un und US-Präsident Donald Trump ist geplant.

Sollte es zu einem wünschenswerten Friedensvertrag zwischen den beiden Koreas oder gar einer Wiedervereinigung kommen, hätten rund 30 000 US-Soldaten in Südkorea, die dort auch zur Eindämmung Chinas und Russlands stationiert sind, keine Existenzberechtigung mehr.

Die US-Rüstungsindustrie hätte keine Gründe mehr, weitere Abwehrraketen nach Südkorea oder nach Japan zu liefern. Entsprechend wird die US-Rüstungslobby vermutlich alle Friedensbemühungen zwischen den beiden Koreas zu unterlaufen versuchen.

Statt endlich den Konflikt in der Ukraine durch einen Waffenstillstand zu beenden, das Minsk-II-Abkommen umzusetzen und UN-Blauhelme als Puffer

zwischen die prorussischen und die prowestlichen Einheiten zu stationieren, heizen Großbritannien und andere Nato-Staaten, darunter auch Deutschland, nach dem Skripal-Attentat den Ost-West-Konflikt weiter an.

Auch an Russland und der Politik von Präsident Putin gibt es viel zu kritisieren: Die Menschenrechtslage in Russland, die eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit, die Kriegführung in Syrien und auch die Krimpolitik.

Warum werden in westlichen Hauptstädten nicht selbstkritische Fragen nach den Gründen der derzeitigen Ost-West-Verhärtung gestellt?

Nato-Osterweiterung, die Stationierung von Nato-Raketen auf dem Gebiet des ehemaligen Warschauer Paktes, der Versuch, die Ukraine in die Nato zu ziehen und Russland den Hafen Sewastopol abspenstig zu machen - die Liste ist lang.

Sanktionen und die Ausweisungen russischer Diplomaten sind kein Ersatz für eine konstruktive Politik.

Liebe Friedensbewegte,

wenn ein Richter auf Grundlage der derzeit mehr als dürftigen Beweislage bezüglich der Schuldigen im Vergiftungsfall Skripal solche drastischen Strafmaßnahmen wie Großbritannien und etliche andere (Nato-)Staaten aussprechen würde, bekäme er vermutlich disziplinarische Schwierigkeiten.

Dass der ehemalige deutsche Bundesjustizminister Heiko Maas unkritisch der vorgegebenen Linie von Bundeskanzlerin Angela Merkel gefolgt ist, um als Außenminister den derzeitigen Ausweisungs-Wahnsinn mitzutragen, ist für mich ein Skandal.

Als Hoffnungszeichen sehe ich die jüngsten Äußerungen des SPD-Partei-Vizevorsitzenden Ralf Stegner, der die Diplomaten-Ausweisung massiv kritisierte und erst einmal konkrete Beweise einforderte. Der ehemalige sozialdemokratische EU-Kommissar Günter Verheugen erinnerte diese Woche daran, dass Großbritannien und die USA im Fall Irak 2003 schon einmal massiv die ganze Welt belogen hätten.

Wäre es nicht das Gebot der Stunde, aus der aktuellen Ost-West-Konfrontationsspirale auszusteigen und zur Kooperation durch Dialog, Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen zurück zu finden? Gerade jetzt wäre der Dialog mit russischen Auslandsvertretungen wichtig!

"Kommt endlich zur Vernunft - Nie wieder Krieg!" lautet der programmatische Buchtitel von Michail Gorbatschow, den Franz Alt interviewt hat.

Nato-Panzer, insbesondere deutsche Panzer, haben rund 75 Jahre nach dem Überfall auf Russland nichts an den Grenzen Russlands verloren. Nato-Manöver auf dem Gebiet des ehemaligen Warschauer Paktes sind zu stoppen.

Die Planungen zum Aufbau von vier neuen Kommandozentralen zur schnelleren Nato-Truppenverlegung an die russische Grenze sind zu beenden!

"Neue Entspannungspolitik - Jetzt" lautet eine breit aufgestellte Initiative, deren Unterstützung ich empfehlen möchte.

2. Ermutigende Beispiele für Friedenshandeln

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

welche Friedens-Hoffnungszeichen gibt es derzeit, die uns Mut machen können?

- Der Kampagne ICAN ist es in rund zehn Jahren gelungen, mehr als 120 Staaten unter einem Atomwaffenverbotsantrag zu sammeln - und dafür 2017 den Friedensnobelpreis zu erhalten.
- Nach Protesten von Friedensbewegten in Köln sagte die Messeleitung Köln die Militär- und Waffentechnik-Messe Itec für das Jahr 2018 ab. Auf der letzten Itec-Messe im Jahre 2014 hatten noch 110 Rüstungsunternehmen ihre todbringenden Produkte ausgestellt. Nun gilt es diese weiter gezogene Rüstungs-Messe aus Stuttgart zu vertreiben!
- Durch massive Proteste aus der Zivilbevölkerung - u.a. von der Kampagne "Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel" - sind bis heute keine neuen Panzer an Saudi-Arabien ausgeliefert worden.
- Zumindest die Pläne für eine gemeinsame türkisch-deutsche Panzerfabrik sowie die bessere Panzerung bereits gelieferter deutscher Leopard-Panzer wurden von der neuen Bundesregierung vorerst auf Eis gelegt.
- In Lahr - zwischen Freiburg und Offenburg gelegen - hat die örtliche Friedensbewegung es geschafft, den Gemeinderat zu überzeugen, gegen die Ansiedlung einer Schweizer Munitionsfabrik zu stimmen - und damit auch auf Gewerbebeeinnahmen zu verzichten.
- Die Europäische Investitionsbank (EIB) erteilte vor zwei Jahren den Vorschlägen der EU-Kommission zur Finanzierung von EU-Rüstungsprojekten eine Absage. Begründung: Sie müsse sich refinanzieren bei Anlegern, die ganz

klar die Finanzierung von Rüstung aus ethischen Gründen ausgeschlossen haben.

- Die Kampagne "Abrüsten statt Aufrüsten" hat in relativ kurzer Zeit unzählige Unterschriften gesammelt, das 2-Prozent-Aufrüstungsziel zu verhindern - und statt dessen eine Umschichtung von Rüstungsausgaben hin zu Schulen, Kindertagesstätten, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe gefordert.

- Private und institutionelle Anleger, die sich der globalen Divestment-Bewegung angeschlossen haben und aus Investitionen mit Verbindungen zu fossilen Energien aussteigen, verfügen mittlerweile über ein Gesamtvermögen von mehr als fünf Billionen US-Dollar.

Wer nicht bei der GLS-Bank, der Triodos-Bank oder der Ethik-Bank sein Geld angelegt hat, läuft Gefahr, dass sein Ersparnis irgendwo in einer Waffenschmiede Unheil anrichtet.

Fragt bei euren Banken nach - und schichtet euer Geld dorthin um, wo es sinnvoll zum Beispiel in erneuerbaren Energien oder Biohöfen eingesetzt wird!

Liebe Friedensbewegte,

wo sind Menschen noch an anderen Orten solidarisch mit uns und arbeiten an einer gerechteren und friedvolleren Welt?

- In der Nähe von Magdeburg engagieren sich Friedensbewegte in der Kampagne "Krieg beginnt hier" - um darauf hinzuweisen, dass auf dem nahe gelegenen Gefechts-Übungszentrum Altmark von deutschem Boden aus Kriege eingeübt und vorbereitet werden.

- In Büchel protestieren auch 2018 wieder verschiedene Gruppen gegen die Modernisierung und für den Abzug der letzten Atomwaffen auf deutschem Boden. Für den 7. Juli 2018 haben mehrere Landeskirchen ihren Protest-Besuch angekündigt.

- In und um Ramstein in der Pfalz fordern Menschen die Beendigung völkerrechtswidriger US-Drohneinsätze von deutschem Boden aus und die Schließung der Airbase Ramstein.

- Die Kampagne "Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien" wird weiter daran arbeiten, die wachsende Zahl der Nein-Stimmen im deutschen Bundestag bei der

nächsten Verlängerung der Bundeswehrmandate für Syrien und Irak zu erhöhen
- und gleichzeitig zivile Konfliktlösungen vorstellen.

- An vielen Orten in Deutschland gibt es Gruppen, die sich mit der Forderung "Bundeswehr raus den Schulen" u.a. für die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention einsetzen. Derzeit sind mehr als 1000 unter 18-Jährige in der Bundeswehr eingesetzt, die gemäß der UN-Kinderrechtskonvention dort gar nicht sein dürften!

- Ende Mai bis Anfang Juni wird die Aktion Staffellauf 2018 von Oberndorf nach Berlin stattfinden. Vom Sitz des Rüstungskonzerns Heckler und Koch werden sich Menschen in Etappen auf den Weg zur Bundesregierung aufmachen, um dort am 2. Juni 2018 eine Großkundgebung abzuhalten. Sie werden dort mit einer Friedensfahrradtour zusammen treffen, die von Würzburg aus startet und ebenfalls wie die Läufergruppe Station an Rüstungsstandorten machen wird.

Beteiligt euch an dieser tollen Aktion (www.frieden-geht.de)!

Liebe Friedensbewegte,

keine der großen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht - u.a. Klimawandel, Wasser- und Lebensmittelknappheit, Ressourcenmangel, die Kluft zwischen Arm-Reich, Flüchtlinge - lässt sich militärisch lösen. Im Gegenteil: Militär zählt zu den größten Verbrauchern von fossilen Rohstoffen und verschärft Krisen, wo immer in den letzten Jahren interveniert wurde.

Notwendig wäre der Ausbau von zivilen Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten, die Stärkung der OSZE und der Vereinten Nationen. Notwendig wäre der Ausbau ziviler Konfliktarbeit, vom Forum ziviler Friedensdienst bis hin zu regionalen und bundesweiten Konversionsbeauftragten.

Die Milliardenbeträge, die für Kriegsgerät ausgegeben werden, erfreuen die Rüstungsindustrie und deren Lobbyisten, fehlen aber dringend sowohl bei den Sozialausgaben in Deutschland wie auch bei der Mitfinanzierung eines Planes, mit dessen Unterstützung Menschen auf der südlichen Erdhalbkugel zukünftig ihre lebensnotwendigen Grundbedürfnisse sichern können.

Vielen Menschen ist bereits bewusst, dass das 2-Grad-Erderwärmungsziel bis zum Jahre 2050 nur eingehalten werden kann, wenn 80 Prozent aller weltweit bekannten Vorräte an Öl, Gas und Kohle in der Erde verbleiben.

Lassen wir nicht zu, dass die großen Energiekonzerne die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien durch Druck auf die Bundesregierung weiter

ausbremsen! Fordern wir gemeinsam die Beendigung von Kohle- und Atomstrom-Subventionen!

Beenden wir die Diktatur der Gegenwart auf Kosten der Zukunft, unserer Kinder und Enkel - und auf Kosten der südlichen Erdhalbkugel und der dort lebenden Menschen, von denen viele schon heute durch den Lebensstil auf der Nordhalbkugel zur Flucht gezwungen werden!

Den Klimawandel und die Atomkriegsgefahr sehe ich als zwei zentrale Ansatzpunkte friedenspolitischen Handelns. Die Bewältigung beider Themen schafft und erhält die Grundlagen für künftige Generationen sowie künftiges Leben auf unserem gemeinsamen Planeten Erde.

3. Keine Waffen vom Bodensee - Friedensregion Bodensee

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

meinen letzten Redeteil möchte ich der Friedens- und Rüstungsregion Bodensee widmen, einer der militarisiertesten Gegenden Europas.

- In Friedrichshafen werden bei Rolls-Royce Power Systems/MTU u.a. Motoren für den Kampfpanzer Leopard 2 hergestellt, der nun vom türkischen Militär in Syrien völkerrechtswidrig und todbringend eingesetzt wird.

- in Überlingen produziert die Firma Diehl Lenkwaffen und Raketen, die weltweites Leid nach sich ziehen.

- in Stockach werden bei Rheinmetall Soldier Electronics Laser-Zielidentifikationssysteme sowie Feuerleitgeräte gebaut.

- in Konstanz fertigt das zu Krauss-Maffei Wegmann gehörende Rüstungsunternehmen ATM Waffeneinsatzsysteme für Panzerfahrzeuge.

- in der Nähe von Kreuzlingen baut die Schweizer Firma MOWAG Radpanzer und gepanzerte Spezialfahrzeuge.

Insgesamt 19 Rüstungskonzerne haben sich in Deutschland, der Schweiz und in Österreich rund um den Bodensee angesiedelt!

Der Verein "Keine Waffen vom Bodensee" ist zu einer bundesweit geschätzten Friedensorganisation geworden, der unermüdlich aufklärt, informiert und friedenspolitische Akzente in Form von Veranstaltungen setzt!

Liebe Friedensbewegte,

sofern ihr noch nicht im Informations-Verteiler von "Keine Waffen vom Bodensee seid": Lasst euch heute aufnehmen und beteiligt euch zukünftig in wachsender Zahl an Aktionen wie z.B. Unterschriftensammlungen zum Atomwaffenverbot und Aktionen zu den Jahrestagen von Hiroshima und Nagasaki.

Vor dem Festsaal bei der Weihnachtsfeier der Firma Diehl mahnten Aktive: "Christen bauen keine Waffen" - eine Auffassung, die auch Papst Franziskus vertritt.

Die friedenspolitisch sehr aktive evangelische Landeskirche Baden erarbeitete ein Rüstungs-Ausstiegsszenario und stellte den Entwurf in den Friedensräumen Lindau vor.

Der evangelische Landesbischof traf sich zur Diskussion mit dem Chef des Diehl-Konzerns.

Mehrere Landeskirchen haben sich auf den Weg gemacht, "Kirchen eines gerechten Friedens" zu werden!

Auch in diesem Jahr wird es in Überlingen wieder einen Frieden-Stiftertag mit einem ganztägigen Workshop zu Fragen gewaltfreier Konfliktbearbeitung geben.

Vertreterinnen und Vertreter des 60-köpfigen Vereins "Keine Waffen vom Bodensee" haben Pfarrerinnen und Pfarrer aus vier Landeskirchen zu einer Langzeitfortbildung eingeladen. Themen sind die Rüstungsbetriebe am Bodensee und deren Konversion.

Als Untergruppe des Vereins "Keine Waffen vom Bodensee" hat sich vor drei Jahren die Initiative "Friedensregion Bodensee" gebildet, der inzwischen rund 20 Mitglieder angehören. Diese Gruppe, der besonders die positiven Friedensansätze am Herzen liegen, beschäftigt sich u.a. damit, welche konkreten Alternativen es zur Herstellung von Waffen am Bodensee gibt.

Die Initiative fragt auch, wie den in den Rüstungskonzernen Beschäftigten die Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes durch sinnvolle zivile Produktionsmöglichkeiten genommen werden kann.

Zu den Aktivitäten der Gruppe "Friedensregion Bodensee" gehört u.a. das WIR-Cafe in Owingen als Internationaler Treffpunkt.

Im Mai wird im Pestalozzi-Kinder- und Jugenddorf Wahlwies im Rahmen des "Pilgerweges für den Frieden" ein Friedensbaum gepflanzt werden.

In Stockach findet die Aktion "Singen für den Frieden" statt.

Am westlichen Bodensee gibt es schon jetzt zahlreiche landwirtschaftliche Demeter-Betriebe und andere Biohöfe für nachhaltigen und fairen Einkauf und Konsum.

Die Integration von Flüchtlingen wird in vielen Gemeinden groß geschrieben. Dem wachsenden Rechtsruck in Europa begegnen Menschen rund um den Bodensee mit ihrer friedensfördernden und integrierenden Arbeit mit Menschen aus aller Welt.

Mit den Friedensräumen in Lindau und dem Friedensmuseum in Schachen stehen kulturelle Räume zur Begegnung und zum Austausch bereit, die noch weit größere Aufmerksamkeit verdienen als bisher.

Liebe Friedensbewegte,

wer die Rüstungsproduktion am Bodensee infrage stellt, weckt erst einmal Ängste, die es ernst zu nehmen und auszuhalten gilt. Die Bereitstellung eines Rüstungskonversionsfonds, in den Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen einbezahlen, um zum Beispiel Machbarkeitsstudien für die Produktionsumstellung zu erarbeiten, könnte Türen öffnen und Ängste bei Betroffenen abbauen.

Ich möchte noch einmal an Mahatma Gandhi erinnern:

"Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du"(3).

Rund 100 Organisationen unterstützen und finanzieren den diesjährigen Bodensee-Friedensweg - allein vor dieser Organisationsarbeit ziehe ich meinen Hut!

Während unseres heutigen Bodensee-Friedensweges werden Spenden gesammelt zugunsten des interkulturellen Projektes INKONTRA in Hohenems.

Teilen, nicht Töten, so lautet der Buchtitel meines Lehrers an der Jesuitenhochschule in Frankfurt, Professor Friedhelm Hengsbach.

Fangen wir selbst bei uns an: Leben wir einfacher, damit andere einfach überleben. Statt Zäune höher zu machen, lasst uns den mit Überfluss gedeckten Tisch länger machen.

Lasst uns gleich im Anschluss in den Diskussionsforen gemeinsam überlegen, was jede einzelne Person an ihrem Platz dazu beitragen kann, damit diese Erde

gerechter wird - und damit mehr Frieden möglich wird!

Ich danke Euch für eure lange Geduld beim Zuhören!

(1) <http://www.spiegel.de/panorama/papst-franziskus-kritisiert-waffenbranche-a-1040023.html>

(2) https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4risch-industrieller_Komplex

(3) <http://www.zeit-und-wahrheit.de/gandhi-zitat-zuerst-ignorieren-sie-dich-13291/>